

Protokoll Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

Sitzungstermin: Mittwoch, 07.09.2022
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:35 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Rosema, Swantje

SPD-Fraktion

Götze, Horst
Kruse, Doris
Rehling, Gertrud

CDU-Fraktion

Ohling, Albert
Risius, Andrea

Gruppe GRÜNE feat. Urmel

Göring, André
Ouedraogo, Abdou

FDP-Fraktion

Bolinus, Erich für Alexander von Gliszczyński (bis 17:58 Uhr)

GfE-Fraktion

Martens, Michael

Gruppe DIE FRAKTION

Luitjens, Stefan für Lars Mennenga

Beratende Mitglieder

Attar, Ziad, Dr.
Fielers, Stephan
Holle, Stefanie
Kamer, Stefan
Kröger-Vodde, Erasmus
Malanowski, Jörn

Verwaltungsvorstand

Jahnke, Horst Erster Stadtrat

von der Verwaltung

Lisson, Carsten
Strauch, Constantin
Wermuth, Wilma
Dübbelde, Sven
Fecht, Doris

Protokoll Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

Protokollführung

Bleeker, Sonja

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Rosema begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 4 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 18.05.2022

Beschluss: Das Protokoll Nr. 4 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration vom 18.05.2022 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Frau Tobias spricht, mit Blick auf die demografische Bevölkerungsentwicklung, die Situation im Pflegebereich sowie die Ausbildungssituation der nachwachsenden Pflegekräfte an. Vor diesem Hintergrund sei ein funktionierendes Altenhilfesystem in einer Stadt wichtig. Sie begrüße das tolle Engagement der Stadt Emden im Hinblick auf die Förderung offener Altenhilfe-Angebote/Senioren-Angebote.

Sie fragt,

- ob diese Angebote in eine integrierte Altenhilfe-Planung eingebettet seien?
- ob ggf. die Sozialplanung eine integrierte Altenhilfe-Planung vornehmen wolle?

Frau Rosema bedankt sich für die Fragen. Sie teilt mit, diese würden unter Tagesordnungspunkt 5 beantwortet.

Protokoll Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Finanzielle Förderung im Rahmen der offenen Seniorenarbeit - nicht projektgebunden; Zuschüsse für das Jahr 2022
Vorlage: 18/0432

Frau Fecht erläutert zur o. g. Vorlage, es seien ausschließlich Institutionen, die in der Delegiertenversammlung der Stadt Emden vertreten seien, antragsberechtigt. Jährlich ständen 10.000 € zur Verfügung. Die Fördersumme werde nach einer Formel aufgeteilt. In den Anlagen zur Vorlage seien die Antragsteller und Zuschussbeträge aufgeführt.

Frau Rosema bedankt sich für die Erläuterung und bittet um Wortmeldungen.

Herr Bolinius erkundigt sich, warum für die Kirchengemeinde im Stadtteil Petkum kein Zuschuss erteilt worden sei und bittet um Erläuterung. **Frau Fecht** antwortet, aufgrund der neuen Wahlperiode sei eine neue Delegiertenversammlung gebildet worden. Institutionen, die in der jetzigen Delegiertenversammlung vertreten seien, habe sie angeschrieben. Darüber hinaus habe es Presseaufrufe gegeben. Sie habe keine Kenntnis darüber, warum die von Herrn Bolinius genannte Institution den Antrag nicht gestellt habe. Sie wisse allerdings, dass in der vergangenen Wahlperiode Vertreter*innen ausgeschieden seien. Einige Institutionen hätten keine Nachfolger gefunden.

Frau Kruse findet es positiv, dass von 34 Antragsberechtigten 23 Institutionen einen Förderantrag gestellt hätten. Sie erkundigt sich nach der Anzahl der Antragsberechtigten der letzten Jahre. **Frau Fecht** berichtet, die Corona-Pandemie hätte ältere Menschen gehemmt, an Gemeinschaftsaktivitäten teilzunehmen. Die Arbeit im Seniorenbereich sei sehr eingeschränkt gewesen. Vor diesem Hintergrund habe es im letzten Jahr weniger Anträge gegeben. Dennoch habe während der Pandemie ehrenamtliches Engagement stattgefunden. Um dieses wertzuschätzen habe die Verwaltung die Zuschussbeträge ausgezahlt. Mittlerweile würden wieder mehr Anträge gestellt. Die Institutionen seien sehr bemüht, die Lebensbedingungen älterer Menschen zu verbessern.

Herr Göring befürwortet die finanzielle Förderung im Rahmen der offenen – nicht projektgebundenen - Seniorenarbeit, obwohl es sich um eine freiwillige Leistung handele. Er bestätigt, dass ältere Menschen aufgrund der Corona-Situation Hemmnisse hätten, an Gemeinschaftsaktivitäten teilzunehmen. Die Zuschüsse seien wertvoll für den sozialen Zusammenhalt unter den Senioren.

Herr Ouedraogo schließt sich seinem Vorredner an.

Obwohl es sich um eine freiwillige Leistung handele, hofft **Frau Fecht** auf einen positiven Beschluss. Sie betont, die finanzielle Förderung sei eine Wertschätzung der überwiegend ehrenamtlichen Arbeit der Institutionen. Auch für niedrige Zuschussbeträge seien die Institutionen sehr dankbar.

Beschluss: 23 Emdener Institutionen erhalten für das Jahr 2022 einen Zuschuss zur Förderung der offenen – nicht projektgebundenen – Seniorenarbeit. Die einzelnen Institutionen und die Höhe des Zuschusses ergibt sich aus der Anlage zur Vorlage 18/0432.

Ergebnis: einstimmig

Protokoll Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

TOP 6 Mitgliedschaft der Stadt Emden in der Emdener Pflegegenossenschaft für Ostfriesland eG
Vorlage: 18/0271

Herr Lisson geht einleitend auf die Einwohnerfrage von Frau Ute Tobias (Vorstandsvorsitzende der Emdener Pflegegenossenschaft eG) ein. Er findet die Frage wichtig und möchte sicherstellen, dass diese korrekt beantwortet werde. Deshalb schlägt er eine Beantwortung über das Protokoll vor und sichert Frau Tobias eine schriftliche Antwort zu.

Anmerkung der Protokollführung:

Laut Mitteilung des FD 560/Sozialplanung, Herr Schabler, v. 18.10.2022 habe die Stadt Emden, mit Blick auf die Herausforderungen einer nachhaltigen Stadtentwicklung, 2015 damit begonnen, ein neues, integriertes System der Sozialplanung aufzubauen. Grundlage hierfür sind ein kleinräumiges Sozialmonitoring und ein integriertes Berichtswesen. In seiner aktuellen Ausbaustufe wird ein umfassendes Datengerüst zur Demographie und zur sozialen Lage bezogen auf 30 statistische Bezirke und 11 Altersgruppen jährlich fortgeschrieben. Die Beobachtungen und Datenanalysen der integrierten Sozialplanung dienen sowohl der strategischen Steuerung als auch verschiedenen Fachplanungen als Grundlage zur Erarbeitung konkreter Handlungsansätze.

Über ein Set an Basisindikatoren- und Kennzahlen können die Auswirkung des demographischen Wandels sozialräumlich sehr präzise beobachtet und daraus Erkenntnisse für die Förderung offener Altenhilfe-Angebote/Senioren-Angebote gewonnen werden. Die Sozialplanung ist in die Begutachtung der Projektanträge eingebunden. Eine Erweiterung des Planungsansatzes für die Altenhilfe braucht einen sehr genauen Blick auf die kommunale Ausgangssituation und Ressourcen für die Strukturentwicklung. Im Bildungsbereich war diese Erweiterung durch ein bundesweites, fünfjähriges Förderprogramm möglich. Im Sozialbereich muss aufgrund der aktuellen Entwicklungen der Focus auf die neuen großen Herausforderungen insbesondere in der Leistungsgewährung gelegt werden (Wohngeldreform, Bürgergeld). Dennoch stehen der FD Sozialhilfe und der FD Integrierte Planung, Steuerung und Service im Austausch über eine stärkere Querschnittorientierung in der Altenhilfe. Im kommenden Jahr sollen Beispiele einer integrierten Altenhilfeplanung auf ihre Übertragbarkeit überprüft und Eckpfeiler eines modernen und gleichzeitig umsetzbaren Planungskonzeptes für die Altenhilfe in Emden formuliert werden.

Weiter erinnert er daran, dass Frau Tobias das Thema „Mitgliedschaft der Stadt Emden in der Emdener Pflegegenossenschaft für Ostfriesland eG“ bereits am 23.03.2022 diesem Gremium vorgestellt habe. Ziel der Pflegegenossenschaft sei, den Pflegebedürftigen einen längeren Verbleib im vertrauten Umfeld zu ermöglichen. Die Verwaltung sehe die Pflegegenossenschaft als alternative Ergänzung zu den bekannten Systemen der ambulanten Pflegedienste und als eine Erweiterung der Angebotslandschaft innerhalb der Stadt Emden. Darüber hinaus entspreche die beabsichtigte Einbindung von Nachbarschaften und Ehrenamtlichen den Zielen der Stadt Emden und unterstütze den Aufbau, die Stärkung und die Weiterentwicklung der Sozialräume in Emden. Die Stadt Emden sehe in der Emdener Pflegegenossenschaft für Ostfriesland eG einen innovativen Ansatz in der Pflege und würde dieses Konzept gerne mit einer Mitgliedschaft unterstützen. Der Mitgliedsbeitrag betrage jährlich 80 €, ein Genossenschaftsanteil i. H. v. 300 € sei einmalig zu erwerben.

Frau Rosema bedankt sich für die Erläuterungen und bittet um Wortmeldungen.

Frau Kruse lobt das ehrenamtliche Engagement. Sie bemerkt, dass auch die bekannten Systeme der ambulanten Pflegedienste versuchen würden, den Pflegebedürftigen einen längeren Verbleib im vertrauten Umfeld zu ermöglichen. Grundsätzlich handele es sich um eine gute Idee. Dennoch würde die SPD-Fraktion sich gegen den Beschluss aussprechen. Sie denkt, es reiche nicht, dass

Protokoll Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

sich die Stadt als einzelnes Genossenschaftsmitglied einbringe. Vielmehr solle jeder Einzelne für sich entscheiden, ob er der Pflegegenossenschaft beitreten möchte. Es sei der Pflegegenossenschaft mehr damit geholfen, wenn viele Personen der Genossenschaft beitreten würden. Zudem würden ihrer Fraktion Kenntnisse wie z. B. zur Finanzierung der Pflegegenossenschaft fehlen.

Herr Bolinius unterstützt die Aussage von Frau Kruse. Seine Fraktion habe nach reiflicher Überlegung entschieden, ebenfalls gegen den Beschluss der Verwaltung zu stimmen.

Herr Ouedraogo teilt mit, auch seine Fraktion habe sich mit dem Thema beschäftigt. Die Gruppe Grüne feat Urmel werde dem Beschluss ebenfalls nicht zustimmen.

Frau Risius schließt sich ihren Vorredner*innen an und signalisiert seitens der CDU-Fraktion ebenfalls keine Zustimmung. Sie berichtet, dass das Konzept der Emdener Pflegegenossenschaft für Ostfriesland e. G in ihrer Fraktion vorgestellt worden sei. Das Konzept werde seitens ihrer Fraktion befürwortet. Jedoch würde eine Mitgliedschaft der Stadt mit einem „unguten Gefühl“ gesehen. Sie appelliert, dass jede politisch tätige Person privat Genossenschaftsmitglied werden könne. Nach Gesprächen mit verschiedenen Sozialverbänden liege der Fokus ihrer Fraktion auf der Ausbildung von Pflegekräften und einer Erhöhung der Ausbildungsplätze in der Pflegeschule.

Herr Mennenga sei verwundert über die Diskussion. Er unterstreicht, durch die Mitgliedschaft der Stadt Emden in der Emdener Pflegegenossenschaft für Ostfriesland eG würde die Stadt Emden und der Rat zeigen, dass sie den innovativen Ansatz des Konzeptes unterstütze. Seiner Meinung nach sei dies das Mindeste, was man dieser ehrenamtlichen Genossenschaft entgegenbringen sollte. Statt wieder zu klatschen und Dank auszusprechen, sollte der Rat seine Unterstützung zusagen. Er stellt klar, jahrelang sei das Gesundheitssystem „kaputtgespart“ und „auf Profit getrimmt“ worden. Seit 2010 seien in Niedersachsen 22 Krankenhäuser geschlossen worden. Die kassenärztliche Vereinigung gehe davon aus, dass im Jahr 2030 etwa 800 hausärztliche Kassensitze nicht mehr besetzt werden können. Der Pflegenotstand und der Personalmangel in allen Gesundheitsberufen habe eine Dimension erreicht, die als gesundheitsgefährdend beschrieben werden könne. Dies zeige auf, wie wichtig diese Organisation für die Stadt Emden sei.

Herr Mennenga verliest verschiedene Zitate aus den Landeswahlprogrammen der Parteien SPD, CDU, FDP und Grüne zur Thematik und den Problemen im Bereich der Pflege. Seiner Meinung nach müssten jetzt Taten folgen. Erkennbar sei heute, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung keine Zustimmung finden werde. Er kündigt an, der Pflegegenossenschaft im Anschluss dieser Sitzung beizutreten.

Herr Martens unterstützt die Ausführungen seines Vorredners. Er bedauert, dass der Rat den Beschlussvorschlag nicht unterstütze. Genauso wie Herr Mennenga werde er im Anschluss dieser Sitzung der Pflegegenossenschaft Emden beitreten.

Beschluss: Die Stadt Emden wird Mitglied in der Emdener Pflegegenossenschaft für Ostfriesland eG und erwirbt einen Genossenschaftsanteil.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Ja: 3	Nein: 8	Enthaltungen: 0
-------	---------	-----------------

TOP 7 Vergütungsvereinbarung für den heilpädagogischen Kindergarten der Ostfriesischen Beschäftigungs- und Wohnstätten GmbH
Vorlage: 18/0451

Protokoll Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

Herr Lisson erläutert die o. g. Vorlage.

Beschluss: Dem Abschluss der als Anlage zur Vorlage 18/0451 beigefügten Vergütungsvereinbarung zwischen der Stadt Emden und der Ostfriesischen Beschäftigungs- und Wohnstätten GmbH über die Durchführung von heilpädagogischen Leistungen in Form von dem Betrieb eines heilpädagogischen Kindergartens ab dem 01.07.2022 wird zugestimmt.

Ergebnis: einstimmig

Ja: 10	Nein: 0	Enthaltungen: 1
--------	---------	-----------------

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 8 Vorstellung der Kampagne Tied för di
Vorlage: 18/0433

Herr Dübbelde stellt anhand einer Power-Point-Präsentation die Kampagne „Tied för di“ vor. Diese Präsentation ist unter www.emden.de einsehbar.

Frau Rosema bedankt sich für die Vorstellung und bittet um Wortmeldungen.

Herr Ouedraogo begrüßt die Kampagne „Tied för di“ und die Initiative der Stadt Emden in diesem Bereich.

Herr Fielers sei überrascht, dass die Kampagne zu diesem Zeitpunkt vorgestellt werde. Dem Grußwort des Ministerpräsidenten habe er entnommen, dass die Kampagne in sechs Wochen enden werde. Deswegen habe er einen Rückblick erwartet. Es stelle sich ihm die Frage, ob angedacht sei, dass die Kampagne weiterlaufen solle. **Herr Dübbelde** antwortet, die Kampagne sei bis zum 31.10.2022 geplant gewesen. Die Freiwilligenagenturen der ostfriesischen Landkreise hätten sich besprochen und es werde eine Weiterführung der Kampagne befürwortet. Er weist auf die Website hin, die dafür eingerichtet worden sei.

Herr Mennenga fragt, wie viele Organisationen an der Kampagne teilnehmen würden. Es interessiere ihn, von wem die Website gepflegt würde. **Herr Dübbelde** gibt an, in der Sommerzeit habe es bis zu 120 Aktivitäten von etwa 60 Organisationen gegeben. Auch bestehende Veranstaltungen würden auf der Website zu finden sein. Die Organisationen würden ihre Angebote selbst auf die Website einstellen. Die Freiwilligenagenturen würden die Richtigkeit überprüfen und das Angebot freischalten.

Frau Risius begrüßt ebenfalls die Kampagne. Sie bemerkt, dass Aktionen der Freiwilligenagentur sehr gut umgesetzt würden und spricht Herrn Dübbelde ihren Dank aus.

Herr Göring erkundigt sich, ob die Zugriffsraten der Kinder und Jugendlichen auf die Website der Kampagne festzustellen sei. Er halte diese Information für zukünftige Projekte wichtig. **Herr Dübbelde** teilt mit, es werde im Oktober ein Auswertungsgespräch der Freiwilligenagenturen stattfinden. Der Entwickler der Website habe die Zahlen. Ihm selber würden diese derzeit noch nicht vorliegen. Bei Bedarf könne er diese weitergeben.

Protokoll Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

Herr Bolinius schließt sich dem Lob seiner Vorredner an. Er möchte wissen, wie die Vereine über die Kampagne informiert worden seien. **Herr Dübbelde** antwortet, zu Beginn der Kampagne seien die Vereine per Email angeschrieben worden.

Frau Kruse fragt, ob die Kampagne auch über die Presse veröffentlicht worden sei. **Herr Dübbelde** bejaht, eine Pressemitteilung sei zum Start der Kampagne erfolgt.

Herr Dr. Attar spricht an, dass die Kampagne in der Zeit des Angriffskrieges in der Ukraine gestartet sei. Es interessiere ihn, ob und wie Kinder und Jugendliche aus Kriegsgebieten integriert worden seien. **Herr Dübbelde** nennt als Beispiel das Angebot „Kreativ gemeinsam tolle Dinge gestalten“ für Kinder und Jugendliche aus der Ukraine. Die Kommunikation würde hier mit technischen Mitteln, z. B. einem Übersetzungstool, stattfinden. Auch würden gelegentlich Dolmetscher*innen eingesetzt. Er bedauert, dass nur wenige Dolmetscher*innen zur Verfügung ständen.

Herr Martens befürwortet ebenfalls die Kampagne.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 9 Aktueller Sachstand zur Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine
Vorlage: 18/0436

Frau Wermuth und Herr Strauch informieren anhand einer Power-Point-Präsentation über den aktuellen Sachstand zur Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine. Diese Präsentation ist unter www.emden.de einsehbar.

Frau Rosema bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Frau Holle betont, wie wichtig Netzwerkarbeit in dieser Situation sei. Alle Wohlfahrtsverbände ständen gemeinsam mit der Stadt vor dieser Situation. Sie lobt die unkomplizierte Zusammenarbeit.

Frau Kruse bedankt sich für die Information. Sie lobt die Arbeit der Stadt und insbesondere die Arbeit der Ehrenamtlichen. Sie berichtet von ihren Erfahrungen im Welcome-Center und unterstützt die Aussage von Frau Holle.

Herr Göring schließt sich seiner Vorrednerin an. Er spricht die Situation der Unterbringung an und fragt, ob direkt auf Wohnungseigentümer zugegangen werde, die Häuser unbewohnt ließen.

Herr Strauch antwortet, das Thema Wohnraumakquise sei vielschichtig. Es werde versucht, alle Möglichkeiten zu bedienen. Zum einen natürlich die Öffentlichkeitsarbeit und das Einholen von Angeboten u. a. von Wohnungsbau- und Vermietungsgesellschaften. Darüber hinaus werde der eBay-Kleinanzeigenmarkt durchgesehen. Zum Thema leerstehende Gebäude gibt er an, dass seit Beginn der Flüchtlingsstromes versucht werde, Kontakt zu Ansprechpartnern größerer Objekte aufzubauen. Bei einzelnen Wohnungen räumt er eine gewisse Leerstandsquote ein. **Frau Wermuth** ergänzt, es würden auch Wohnungen auf Eigeninitiative der geflüchteten Menschen gefunden. **Herr Strauch** fügt hinzu, Ziel sei, die Menschen in regulärem Wohnraum unterzubringen. Seit 01.06.2022 könnten geflüchtete Menschen eigenständig Wohnraum anmieten. Diese eigenständige Aktivität werde seitens der Verwaltung forciert.

Protokoll Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

Herr Ouedraogo stellt heraus, neben den geflüchteten Menschen aus der Ukraine gebe es auch andere Flüchtlingsgruppen. Er stellt die Frage in den Raum, ob auch diese Gruppen bis hin zum heutigen Tag gut begleitet worden seien, damit diese sich nicht vernachlässigt fühlen würden. **Herr Strauch** führt zum Thema Wohnraumunterbringung aus, alle der Verwaltung zugewiesenen Asylbewerber*innen würden in Wohnraum untergebracht. Für die Vielzahl geflüchteter Menschen aus der Ukraine müsste ergänzend auf die Sammelunterkünfte zurückgegriffen werden.

Frau Wermuth führt aus, alle zugewiesenen Asylbewerber*innen hätten den gleichen Anspruch auf Beratung und Begleitung über die Flüchtlingssozialarbeit. Dies werde gewährleistet, da die Verwaltung die Ressourcen gebündelt und umstrukturiert habe. Für Menschen aus der Ukraine gebe es ein vereinfachtes Verfahren, um ihre Grundversorgung zu sichern. Trotzdem würden alle anderen Flüchtlinge von der Stadt und anderen Migrationsdiensten die gleiche Unterstützung erhalten. **Herr Strauch** ergänzt, die Unterscheidung sei vom Gesetzgeber getroffen worden. Dieser habe seit 01.06.2022 beschlossen, dass Flüchtlinge aus der Ukraine in das SGB II- oder SGB XII-System integriert seien, sonstige Asylbewerber*innen verbleiben im Asylbewerberleistungsgesetz. Diese Entscheidung könne seitens der Verwaltung nicht beeinflusst oder kommentiert werden.

Frau Rehling schildert, sie habe sich über das Portal „Emden hilft“ angemeldet und ihre Unterstützung angeboten. In der Anfangszeit habe sie unterschiedliche Anfragen erhalten, jedoch seit einigen Wochen nicht mehr. Sie erkundigt sich, ob jetzt genügend freiwillige Helfer zur Verfügung ständen. Weiter bittet sie um Ausführungen hinsichtlich der Kostenübernahme. **Herr Dübbele** sei verwundert, da freiwillige Helfer nach wie vor gesucht würden und weiterhin um Hilfe geworben werde. Insbesondere in der Urlaubszeit sei dies der Fall gewesen. Er sichert eine Überprüfung zu.

Frau Wermuth macht auf den langen Zeitraum aufmerksam, der mit der Kraft der ehrenamtlichen Helfer zu organisieren sei. Selbstverständlich würden ehrenamtliche Helfer durch Urlaub, Krankheit oder auch einfach aus Erschöpfung pausieren. Deswegen könne davon ausgegangen werden, dass für den gesamten Prozess andauernd Helfer benötigt würden.

Herr Strauch antwortet auf die Frage zur Kostenübernahme und -erstattung, dass dieses Thema sehr komplex in dieser Situation sei. Er erklärt, es habe den Rechtskreiswechsel gegeben. Dieser habe eine enorme Auswirkung auf die Kostenübernahme. Für die Berechnung werde mit Pauschalbeträgen pro Asylbewerber*in gearbeitet. Seit dem 01.06.2022 seien alle Flüchtlinge in das Sozialsystem des Jobcenters gewechselt. Hier würden die regulären Systeme greifen.

Zur Finanzierung der Großunterkünfte teilt er mit, aktuell laufe ein Gesetzgebungsverfahren. Die ergänzenden Hilfen des Bundes seien zunächst an das Land und von dort an die Kommunen weitergereicht worden. Es gebe verschiedene Verteilungsschlüssel und Mechanismen. Aufgrund der Komplexität sei es nicht möglich, dies hier aufzuschlüsseln. Mitteilen könne er, dass die Aufwendungen für die Stadt hoch seien, es würden aber auch hohe Erstattungen erwartet.

Herr Martens fragt, ob geflüchtete Kinder und Jugendliche beschult würden und bittet um Erläuterung der Vorgehensweise. **Frau Wermuth** bejaht dies. Im Welcome-Center würde eine Schulberatung durch ehrenamtliche Lehrkräfte in Zusammenarbeit mit Dolmetschern stattfinden. Die Eltern erhielten von dort Hinweise bezüglich der Schulanmeldung. Ziel sei, Kinder und Jugendliche schnellstmöglich zu beschulen. Dies gelinge gut.

Herr Kamer gibt an, die Vertreter der Wohlfahrtsverbände würden die Ausführungen von Frau Kruse unterstützen. Mit Blick auf den Krisenstab spricht er der Verwaltung ein großes Danke-

Protokoll Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

schön aus. Es sei nicht selbstverständlich, so transparent, vertraulich und gemeinsam im Schulterschluss zu arbeiten. Er unterstützt die Aussage von Frau Holle. Wichtig sei, die vorhandenen Strukturen zu bewahren und zu pflegen. Das Ganze natürlich gepaart mit dem ehrenamtlichen Engagement der Emdener Bürgerschaft.

Herr Dr. Attar unterstützt die Ausführungen von Herrn Kamer. Er beklagt die Schwächen des Systems und betont, für diese sei nicht die Kommune verantwortlich. Es sei ihm geschildert worden, dass geflüchtete Menschen durch die Landesaufnahmebehörde innerhalb Deutschlands verschickt würden, obwohl diese an einem bestimmten Ort sowohl Wohnraum sowie Unterstützung von Angehörigen erhalten hätten. Er wisse nicht, ob dies auf irgendeiner Ebene korrigiert werden könne.

Er pflichtet den Ausführungen von Herr Ouedraogo bei. Die Unterschiede würden unter den verschiedenen geflüchteten Menschen auffällig werden. Dies würde zum Teil zu Spannungen unter den Geflüchteten führen. Er berichtet, dieses Thema sei auch bei einer Fachtagung in Salzgitter präsent gewesen. Seiner Ansicht nach sollte die Verwaltung darauf achten, dass dieses nicht auch in dieser Kommune geschehe.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 10 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 11 Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.